

Mitteilungen

FOLGE 235
MÄRZ 2018

HERBERT-STEINER-PREIS

Seit 2004 verleihen das DÖW und die International Conference of Labour and Social History (ITH) jährlich den Herbert-Steiner-Preis für herausragende wissenschaftliche Arbeiten über Widerstand, Verfolgung, Exil in der Zeit des Faschismus und Nationalsozialismus und über die Geschichte der Arbeiterbewegung. Mit dem Herbert-Steiner-Preis 2017 wird die Dissertation der Sozialwissenschaftlerin **Susanne Beer** (Berlin) – *Hilfeleistungen für jüdische Verfolgte im Nationalsozialismus 1941–1945* – ausgezeichnet. Den Herbert-Steiner-Anerkennungspreis 2017 erhält die Historikerin **Veronika Springmann** (Berlin) für ihre Dissertation *Gunst und Gewalt. Sport in nationalsozialistischen Konzentrationslagern*. Im Folgenden beschreiben die Preisträgerinnen kurz ihre Arbeiten. Die Preise werden im Frühjahr 2018 im Rahmen einer öffentlichen Veranstaltung im Veranstaltungszentrum des DÖW übergeben werden; nähere Informationen zeitgerecht auf der Website des DÖW.

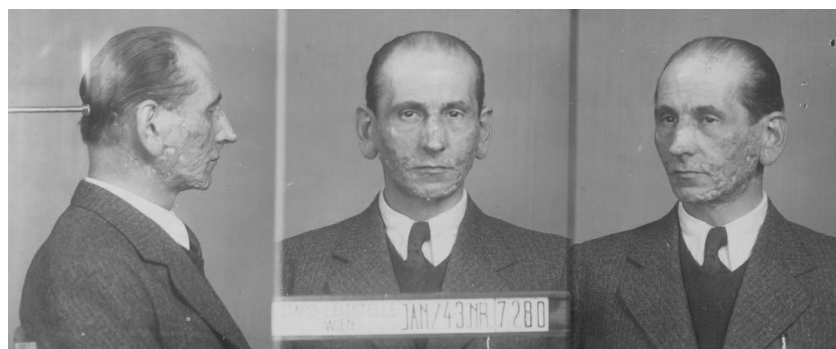
Susanne Beer

Hilfeleistungen für jüdische Verfolgte im Nationalsozialismus 1941–1945

Dissertation, Universität Flensburg, 2016
(Abstract)

Im Fokus der eingereichten Arbeit stehen Menschen, die Juden und Jüdinnen bei der Flucht vor den Deportationen im Nationalsozialismus unterstützt und sie damit vor dem sicheren Tod in einem Ghetto, Arbeits- oder Vernichtungslager bewahrt haben. Schätzungen gehen davon aus, dass auf dem Gebiet des deutschen „Altreichs“ – d. h. Deutschlands in den Grenzen von 1937 – mehrere Zehntausend Personen aktiv waren, um Juden ein Überleben in der Illegalität oder die Flucht ins neutrale Ausland zu ermöglichen. Diese Helferinnen und Helfer riskierten ihre Freiheit, ihre Gesundheit und ihr Leben für Personen, die sie oftmals gar nicht kannten. Wie lässt sich ihr Entschluss zur Hilfe erklären? Warum standen diese Menschen den Verfolgten bei, während die Mehrheit der deutschen Bevölkerung die Verfolgungspolitik hinnahm oder unterstützte?

Seit den 1960er-Jahren haben Studien über Hilfeleistungen für Juden während des Holocaust Antworten auf diese Fragen gesucht. Sie waren eng verbunden mit dem Wunsch nach einem öffentlichen Gedenken und einer pädagogischen Nutzbarmachung der Erfahrungen der Helfer für die Gegenwart. Zahlreiche Publikationen



Riza und Karl Wewerka wurden im Jänner 1943 von der Gestapo Wien erkennungsdienstlich erfasst. (Fotos: Wiener Stadt- und Landesarchiv)

Riza Wewerka (geb. 1894) war aufgrund ihrer Ehe mit dem nicht-jüdischen Kaufmann Karl Wewerka (geb. 1894) zunächst vor der Deportation geschützt. Das Ehepaar versteckte über mehrere Monate Riza Wewerkas Schwester Elisabeth Sirkin (geb. 1897) und die ebenfalls als Jüdin verfolgte Julie Fleischner (geb. 1890; nach anderen Quellen: Juliane Fleischer) in seiner Wohnung in der Lindengasse 10, Wien-Neubau, um sie vor der drohenden Deportation zu retten.

Alle wurden im Jänner 1943 festgenommen. Riza Wewerka kam am 20. Juli 1943 in Auschwitz um. Elisabeth Sirkin und Julie Fleischner wurden am 3. März 1943 nach Auschwitz verschleppt, auch sie fielen der Shoah zum Opfer. Gegen Karl Wewerka wurde Antrag auf Schutzhaft gestellt; er erlebte die Befreiung 1945.

sind im Umfeld von Gedenkstätten und Museen entstanden und haben den Mut der Einzelnen ins Zentrum der Aufmerksamkeit gerückt. Die vorliegende Arbeit dreht die Perspektive um: Anstelle der besonderen Merkmale einzelner Menschen werden die sozialen Entstehungsbedingungen ihres Handelns in den Blick genommen. Das Phänomen der Hilfe wird zudem im Überblick dargestellt und die Forschungsliteratur systematisch ausgewertet. Die starke moralische Aufladung des Themas soll dadurch für einen Moment zurückgenommen werden, um einer stärker historisierenden Lesart Raum zu geben.

Die Arbeit reiht sich damit in eine Entwicklung ein, die sich seit einigen Jahren auf internationaler Ebene abzeichnet. Der britische Historiker Bob Moore machte bereits 2004 darauf aufmerksam, dass von der Helferforschung allzu oft einzelne Personen und Ereignisse hervorgehoben werden, ohne den Kontext des Geschehens sichtbar zu machen. „Many of the rescuers narratives provide overwhelming evidence of humanitarian responses in the face of great dangers, but often fail to place these actions in the context of where and when they took place“, schreibt Moore.¹ Ähnlich argumentieren auch Jacques Sémelin, Claire Andrieu und Sarah Gensburger in ihrem 2008 herausgegebenen Sammelband über Rettungsbemühungen im Kontext von Genoziden.² In dem Vorwort zu dem Band appelliert Sémelin an die Forschung, neue, genuin wissenschaftliche Werkzeuge zu entwickeln, um einer Idealisierung des Gegenstandes vorzubeugen: Aus einem Gegenstand der Erinnerung müsse erst noch ein Gegenstand der Geschichte werden.³

Um diesem Anspruch gerecht zu werden, stützt sich die vorliegende Arbeit auf das Instrumentarium der Kollektivbiographie – einen Ansatz, der in der Forschung zum Nationalsozialismus und Holocaust bisher vor allem zur Untersuchung von Tätergruppen herangezogen wurde. Das kollektivbiographische Vorgehen basiert auf individuellen Lebensgeschichten,



Camilla Plaschka wurde im Februar 1943 von der Gestapo Wien erkennungsdienstlich erfasst. (Foto: Wiener Stadt- und Landesarchiv)

Die Kohlenhändlerin Camilla Plaschka (geb. 1896) beherbergte die als Jüdin von der Deportation bedrohte Sure Mehler-Bergmann (geb. 1883; nach anderen Quellen: Mella Bergmann) in ihrer Wohnung in der Judengasse 3 im ersten Wiener Gemeindebezirk und wollte ihr zur Flucht nach Ungarn verhelfen. Beide wurden am 17. Februar 1943 festgenommen. Sure Mehler-Bergmann wurde in das Sammellager überstellt und am 3. März 1943 nach Auschwitz deportiert; seither fehlt jede Nachricht. Camilla Plaschka wurde im April 1943 nach Auschwitz überstellt und blieb dort bis Mitte Jänner 1944 in Haft.

bleibt jedoch nicht bei der Rekonstruktion einzelner Biographien stehen, sondern setzt diese miteinander ins Verhältnis, um vergleichbare Erfahrungen und Strategien sichtbar zu machen. Durch die Arbeit mit einer Auswahl von etwa 50 Fällen und den Abgleich mit den Ergebnissen früherer Studien sollen fallübergreifende, soziale Zusammenhänge aufgezeigt werden, ohne jedoch die Bedeutung der oftmals komplexen und statistisch nicht erfassbaren biographischen Erfahrungen zu vernachlässigen.

Da nur wenige Quellen aus der Zeit des Geschehens überliefert sind, basiert die Helferforschung zu großen Teilen auf lebensgeschichtlichen Interviews, die seit den 1980er-Jahren im Rahmen unterschiedlicher Forschungsprojekte geführt wurden. Hinzu kommen offizielle Dokumente, die nach Kriegsende angelegt wurden, weil ehemals Verfolgte bzw. ihre Unterstützer um eine Eingruppierung als „Opfer des Faschismus“ baten, Anträge auf Entschädigungszahlungen stellten oder im Zuge öffentlicher Ehrungen ihre Geschichten zu Protokoll gaben. Unterlagen dieser Art finden sich beispielsweise im Landesarchiv Berlin, bei den Entschädigungsbehörden der Länder und im Bundesarchiv Koblenz.

Die vorliegende Arbeit vertieft das Verständnis der Hilfeleistungen, indem unterschiedliche Analyseebenen miteinander in Bezug gesetzt werden. Die einzelnen Kapitel rücken daher jeweils unterschiedliche Aspekte zur Erklärung des Hilfeverhaltens in den Vordergrund. Sie reichen von langfristigen historischen Entwicklungen über

politische Vorerfahrungen und soziologische Faktoren bis hin zu situativen Einflüssen. Die Ergebnisse deuten beispielsweise darauf hin, dass sich Helfer und Helferinnen im „Altreich“ überdurchschnittlich oft aus der Alterskohorte der 40- bis 50-Jährigen rekrutierten und häufig der Mittelschicht angehörten. Viele waren verheiratet, hatten Kinder und arbeiteten als Angestellte, Selbstständige oder kleine Gewerbetreibende. Sie verfügten nicht nur über ausreichend finanzielle Ressourcen, sondern hatten auch die zeitlichen und räumlichen Kapazitäten, die nötig waren, um die Betreuung von Hilfesuchenden mit den eigenen Lebensumständen in Einklang zu bringen.

Ein weiterer Schlüssel zum Verständnis der Hilfeleistungen ist auf biographischer Ebene zu suchen. Dem Entschluss zur Hilfe für untergetauchte Juden ging in vielen Fällen ein längerer Prozess voraus, in welchem niedrigschwellige Formen der Solidarität – etwa gegenseitige Besuche, kleine Besorgungen, die Pflege kranker Personen oder die Hilfe bei der Auflösung eines Haushalts – schrittweise eingeübt wurden. Die Helfer entdeckten durch diese frühen Unterstützungsformen Handlungsmöglichkeiten, die ihnen anfangs noch nicht bewusst gewesen waren. An diese Erfahrungen konnten sie in den 1940er-Jahren anknüpfen, als es darum ging, die Verschleppung in die besetzten polnischen Gebiete zu verhindern. Dem entscheidenden Entschluss zum Verstecken der Verfolgten waren in den meisten Fällen viele dieser kleinen Schritte vorausgegangen. Nur eine kleine Gruppe

1 Bob Moore, *The Rescue of Jews in Nazi-Occupied Belgium, France and the Netherlands*, in: *Australian Journal of Politics and History* 3 (2004), S. 385–295, hier S. 386.

2 Siehe Claire Andrieu/Sarah Gensburger/Jacques Sémelin (Hrsg.), *La résistance aux génocides: De la pluralité des actes de sauvetage*, Paris 2008.

3 Siehe Jacques Sémelin, *Persécutions et entraides dans la France occupée. Comment 75 % des Juifs en France ont échappé à la mort*, Paris 2013, S. 22.



Edeltrud Posiles geb. Becher (1916–2016), fotografiert in den 1930er-Jahren
(Foto: Privatbesitz)

Der „Anschluss“ 1938 und damit die Einführung der „Nürnberger Gesetze“ hatten die Heirat von Edeltrud Becher mit dem tschechoslowakischen Staatsangehörigen Walter Posiles verhindert. Als dieser mit seinen Brüdern Hans und Ludwig 1942 von Prag in das Ghetto Theresienstadt deportiert werden sollte, flüchteten alle drei nach Wien, wo Edeltrud Becher ein Versteck – in der Neustiftgasse 33 in Wien-Neubau – vorbereitet hatte. FreundInnen und Verwandte halfen, die Brüder mit Lebensmitteln, gefälschten Papieren und fallweise notwendigen neuen Quartieren zu versorgen. Walter und Ludwig Posiles überlebten, Hans Posiles wurde in den letzten Kriegstagen durch einen Bombentreffer getötet. Edeltrud Posiles wurde als *Gerechte unter den Völkern* ausgezeichnet.

von Helfern war in der Lage, ohne eine entsprechende „Aufwärmphase“ direkt in die Versteckhilfe einzusteigen.

Für den Beginn einer solchen Helferkarriere waren verwandtschaftliche Beziehungen zwischen jüdischen und nicht-jüdischen Deutschen von zentraler Bedeutung. Die Gruppe der jüdischen Mischehepartner und „Mischlinge“ umfasste 1939 noch mindestens 100.000 Personen und damit knapp ein Drittel aller aufgrund ihrer jüdischen Herkunft Verfolgten. Im Unterschied zu jenen, die vom NS-Regime als sogenannte „Voll-“ bzw. „Glaubensjuden“ eingestuft worden waren, blieben sie bis zum Kriegsende von den Deportationen und einigen anderen Zwangsmaßnahmen weitgehend verschont. Diese Situation eröffnete Handlungsmöglichkeiten, die die Betroffenen zugunsten anderer Menschen nutzen konnten. Oftmals dienten ihre Wohnungen als Anlaufstellen für untergetauchte Juden, um Informationen über bevorstehende Razzien und Adressen von potenziellen Helfern zu erhalten. Nicht-jüdische Ehepartner schützten nicht nur ihre Nächsten durch die Fortführung der Ehe, sondern unterstützten oftmals auch weitere jüdische Bekannte in der Zeit der Illegalität. Auch die Selbsthilfenetzwerke sogenannter „Mischlinge“ fungierten als wichtiges Relais, das zwischen der Welt der Untergetauchten und der übrigen Bevölkerung vermitteln konnte.

Die Hilfe für untergetauchte Juden und Jüdinnen wurde vom NS-Regime aufmerksam beobachtet und durch die NS-Sicherheitsorgane massiv erschwert. Dennoch blieb die überwiegende Mehrheit der Helfenden bis zum Kriegsende von einer Verfolgung verschont. Erstaunlich oft gelang es ihnen, Verdächtigungen aus dem eigenen Umfeld zu entkräften. Die konkreten Folgen einer Entdeckung hingen im hohen Maße von den zuständigen

Beamten ab. In manchen Fällen wurden Helferinnen und Helfer jahrelang in Konzentrationslagern oder Zuchthäusern eingesperrt, in anderen kamen sie mit Verwarnungen davon.

Die relativ milde Verfolgung nicht-jüdischer Helfer im „Altreich“ kontrastiert deutlich mit der Handhabung gegenüber den beteiligten jüdischen Verfolgten. Sie mussten – egal, ob sie untergetaucht waren oder als Helfer agiert hatten – mit ihrer sofortigen Hinrichtung oder Deportation rechnen. Trotz der vorhandenen Hilfeleistungen gelang es nur etwa 3000 bis 5000 Juden und Jüdinnen, d. h. etwa einem Viertel aller Untergetauchten, auf dem Gebiet des „Altreichs“ zu überleben.⁴ Zu massiv war die Verfolgung durch die NS-Behörden, zu verbreitet der Antisemitismus und die Bereitschaft zur Denunziation innerhalb der deutschen Bevölkerung.

Veronika Springmann Gunst und Gewalt Sport in nationalsozialistischen Konzentrationslagern

Dissertation, Carl von Ossietzky Universität Oldenburg, 2016 (Abstract)

In meiner Dissertation untersuche ich die Formen und Ausprägungen von Sport in den nationalsozialistischen Konzentrationslagern. Anhand einer systematischen Analyse verschiedener Quellen (unter anderem Erinnerungsberichte und Zeichnungen) zeige ich, dass erstens Sport (Fußball) ab 1942 in den Konzentrationslagern einer Gruppe von Häftlingen erlaubt wur-

de, als Anreiz, um ihre Arbeitskraft zu stärken. Als Unterhaltung für die SS fanden in einigen Konzentrationslagern regelmäßig Boxkämpfe statt, in denen Häftlinge gegeneinander kämpfen mussten. Sportliche Übungen wurden aber vor allem von den SS-Aufsehern genutzt, um die Häftlinge zu demütigen und zu quälen.

Die Häftlinge mussten rollen, hüpfen oder Liegestützen machen, in den meisten Fällen über individuelle Grenzen der Erschöpfung hinweg und „ohne Rücksicht auf alte oder kranke Männer“. Diese Praktik der Gewalt knüpft an militärische Praktiken des Exerzierens und des militärischen Sports an. Ich beschreibe diese gegenderte Praxis in ihrer Performativität. Unter Einbeziehung der Kategorien *gender* und *race* gelingt es mir zu zeigen, dass diese Praxis ein *doing otherness* war, mit der die Häftlinge sicht- und spürbar aus dem Referenzrahmen einer hegemonialen Männlichkeit ausgeschlossen werden sollten und konnten.

Der erlaubte Sport in den Konzentrationslagern wiederum war eine Gunstbezeugung. Es gelang einigen Häftlingsgruppen in einer bestimmten Phase des Lagers, Fußball- oder Boxwettkämpfe unter Duldung der SS zu organisieren. Dazu bedurfte es jedoch im Kontext der Lager eines privilegierten Zugriffs auf materielle Ressourcen wie Lebensmittel und Kleidung. Mit diesem analytischen Nahblick auf Sport eröffne ich eine Perspektive, die das gegensätzliche Erleben von verschiedenen Gefangenengruppen darstellt. Zugleich ist es mir möglich, Entwicklungen in der Macht- und Gewaltstruktur der Lager herauszuarbeiten.

Meine Arbeit ist ein neuer Beitrag zur Frage nach dem Wechselverhältnis von Geschlecht (insbesondere Männlichkeit), Sport und Gewalt, der Alltagsgeschichte der Konzentrationslager und nicht zuletzt zu den Wirkungsweisen von Macht und Gewalt.

⁴ Siehe Marnix Croes/Beate Kosmala, Facing Deportation in Germany and the Netherlands. Survival in Hiding, in: Beate Kosmala/Georgi Verbeeck (Hrsg.), Jews and Non-Jews in Europe during World War II, Oxford 2011, S. 97–158, hier S. 142.

WIR GRATULIEREN

Marko M. **Feingold**, mit 104 Jahren ältester Holocaust-Überlebender in Österreich, wurde mit dem Toleranzpreis der Europäischen Akademie der Wissenschaften und Künste geehrt. Feingold ist Präsident der Israelitischen Kultusgemeinde Salzburg und Mitglied des DÖW-Kuratoriums.

Für ihren „unermüdlichen Einsatz für die Aufklärung über die Nazizeit“ wurden die Holocaust-Überlebenden Helga **Feldner-Busztin** und Rudolf **Gelbard** – er gehört auch dem Vorstand des DÖW an – mit dem diesjährigen Ute-Bock-Preis für Zivilcourage ausgezeichnet. Der Ute-Bock-Preis für Zivilcourage wurde 1999 von SOS Mitmensch ins Leben gerufen, erste Preisträgerin war die Flüchtlingshelferin Ute Bock (1942–2018).

Für besondere verlegerische Leistungen erhält der Grazer **Clio-Verlag**, der Bücher zu den Themen Widerstand gegen den Nationalsozialismus, Flucht und Vertreibung der jüdischen Bevölkerung, Antisemitismus, NS-Herrschaft, NS- und Kriegsverbrecherprozesse und Frauengeschichte herausgibt, den Bruno-Kreisky-Preis für das Politische Buch für das Jahr 2017.

Weitere Sonderpreise gehen an Hans-Henning **Scharsach** (für sein Buch *Stille Machtergreifung. Hofer, Strache und die Burschenschaften*) und Herbert **Lackner** (für seine Publikation *Die Flucht der Dichter und Denker. Wie Europas Künstler und Wissenschaftler den Nazis entkamen*).

Erfolgreiches Crowdfunding für DÖW-Plakatsammlung

Eine Crowdfunding-Initiative mit dem Ziel, die Plakatsammlung des DÖW restaurieren und sicher für kommende Generationen aufbewahren zu können, wurde Ende Dezember 2017 mit einer Spendensumme von 29.350,- Euro erfolgreich abgeschlossen. Die Sammlung umfasst rund 3000 Plakate, beginnend mit der Zeit des Ersten Weltkriegs.

Wir bedanken uns bei der Klasse 4Bl der HTL Rennweg, mit deren Hilfe das Projekt durchgeführt werden konnte, und bei allen, die uns unterstützt haben.

Gegen „Ostküste“, „Blutsvermischung“ und „parasitäres Großkapital“: Ein Rückblick auf die *Aula* 2017

Das Aufkommen und die zunehmende Reichweite von Online- und cross-medialen Desinformationsprojekten am rechten Rand (*unzensuriert.at*, *Info-DIREKT*, *alles roger?*, *Wochenblick* u. a.) setzen der weiterhin nur in Printform erscheinenden *Aula* zu. Als eines der traditionsreichsten Organe des österreichischen Rechtsextremismus, publizistisches Flaggschiff des völkischen Verbindungswesens und angesichts ihrer engen Verzahnung mit einer Parlaments- und nunmehr auch Regierungspartei ist ihr dennoch einige politische Relevanz zu attestieren. Auch im Jahr 2017 lotete die im Grazer *Aula-Verlag* erscheinende Zeitschrift die Grenzen des rechtlich Zulässigen beständig aus.

Verschwörungsphantasien

Die aktuell populärste Darreichungsform von Antisemitismus in der *Aula* besteht in mehr oder weniger verklausulierten Anklagen gegen mächtige Verschwörer im Hintergrund.

So ortet Gustaf Horn eine „bis in alle Details geplante Machtergreifung der Weltherrschaft durch eine kleine Clique von Politikern und Wirtschaftskapitänen“. (Februar-Ausgabe, S. 59) Siegfried Borgelt spricht von „zionistischen Netzwerken“, die „deutsche Schuldkomplexe [...] für eigene Geschäftsverbindungen instrumentalisier[en]“ (Jänner, S. 44), und Dirk Klein ereifert sich über den „Allmachtsanspruch der anonymen Halbgötter in der Hochfinanz, der sich heute in der Globalisierung austobt“ (Juli, S. 37).

Als eng mit dem Antisemitismus verwoben erweisen sich einmal mehr das anti-amerikanische und das anti-freimaurerische Ressentiment. Für *Aula*-Schriftleiter Martin Pfeiffer ist die US-Armee „eine Interventionstruppe zur Sicherung der Interessen von Ostküstenbanken“. (Jänner, S. 5) Selbst Donald Trump lege sich „mit der Wallstreet nicht wirklich“ an – die Tode Abraham Lincolns und John F. Kennedys, der „omnipotenten Bankster[n]“ zum Opfer gefallen sei, seien ihm „[w]arnendes Beispiel“. (März, S. 5) Für Volkmar Hirmer ist Trump ohnehin nur „ein von der Hochfinanz installierter Durchlauferhitzer zur Errichtung ihrer totalitären Herrschaft“ über die Welt, der im Dienste des „parasitären Großkapitals“ stehe. (März, S. 9 ff.) Auch Siegfried Borgelt glaubt, dass „mit Goldman [sic!] Sachs und Rothschild die internationale Hochfinanz im Kabinett Trump regiert“. Es sei „kein Geheimnis, dass Trump von jüdischen Geschäftsleuten massiv finanziell unterstützt wurde“. (März, S. 12 f.) Auch Angela Merkel habe „keinen eigenen Willen, sondern ist leitende Angestellte eines globalistischen Systems, das

letztlich von den obersten Finanzhaien gesteuert wird“, gibt der Verschwörungsmystiker Gerhard Wisnewski im Interview zu Protokoll. (August, S. 17) Die zu Merkels Markenzeichen gewordene „Raute“ sei „ein freimaurerisches Zeichen, das den anderen Maurern signalisiert, daß sie von einer der Ihren regiert wird [sic!] und es damit für diese Spezies sich nicht schickt, öffentlich Kritik zu üben“. (Erwin Arlt, Mai/Juni, S. 36)

Überhaupt würden heutige Politiker – mit Ausnahme jener der FPÖ – lediglich „die Interessen [...] der Hochfinanz und der Weltkonzerne vertreten“. (Wolf Borkin, September, S. 10) Diese Einschätzung findet sich auch auf der Leserbriefseite: Demnach seien die „uns regierenden Politiker [...] nur mehr Marionetten“ einer weltweit vernetzten „Clique der Hochfinanz“, die „überall die Hände im Spiel“ habe – mit dem Ziel der „vollkommene[n] Unterwerfung der Wirtschaft unter deren Schuldsystem“. Dieser Leserbrief eines Christian Ballmüller aus Traismauer (Juli, S. 6) fand sich fast wortgleich auch in Andreas Mölzers *Zur Zeit* (Nr. 29–30, S. 58).

Feindmarkierungen

Freilich: nicht alle politischen GegnerInnen sind nach Ansicht der *Aula*-Autoren von Juden gesteuert – manche sind auch selber welche. Dementsprechend gehört es zum Leserservice der Zeitschrift, vermeintliche oder tatsächliche Jüdinnen und Juden auch als solche auszuweisen – ob Leo Trotzki („bürgerlich: Lew Davidowitsch Bronstein“, Johan Banér, Oktober, S. 10), Lenin („Sein Großvater war der jüdische Arzt Israel Blank“), Magnus Hirschfeld („der jüdische Arzt und ‚Sexualreformer‘“, Siegfried Borgelt, Oktober, S. 15) oder UNESCO-Generalsekretärin Audrey Azoulay (entstamme „einer jüdisch-marokkanischen Familie“,

Kurzmeldung, Oktober, S. 51). Den Autor Robert Menasse charakterisiert Thomas Seifert als einen „SPÖ-nahe[n] Intellektuelle[n], der auf seine jüdische Herkunft stolz und überzeugter Verfechter der Zweiten Republik“ sei. Ein gängiges antisemitisches Stereotyp aufgreifend, attestiert Seifert Menasse Heimat- bzw. Wurzellosigkeit: „„Intellektuelle‘ wie ein Menasse leben natürlich hier und da und nirgendwo wirklich, sie spüren keine Verbundenheit zu einem Volk.“ Wo aber solche „entwurzelte internationale Eliten den Ton angeben, werden Kriege geführt und Probleme verursacht“. (Mai/Juni, S. 26)

Antisemitismus als Welterklärung

Auch historische Erörterungen in der *Aula* sind oftmals antisemitisch grundiert. Für den katholischen Fundamentalisten Gerhoch Reisegger (unter Bezugnahme auf die antisemitische Hetzschrift *Verschwörung gegen die Kirche* von 1962) standen hinter dem Aufkommen des Protestantismus „die ‚Synagoge des Satans‘ und deren Helfershelfer, die freimaurerischen Logen“. Das auszusprechen, sei heutzutage „untunlich“, werde aber auch von „jüdische[n] Autoren“ bestätigt. (März, S. 53) Die russische Oktoberrevolution wiederum sei „vom angloamerikanischen Establishment als sozialistisches Experiment gestartet“, aber „Anfang der 1990er wiederum von der Ostküste abgebrochen“ worden. Der Abbruch und die Wiedervereinigung Deutschlands seien nötig gewesen, weil es „ohne ein vereintes Europa keine Aussicht auf eine Weltregierung“ gegeben habe. (Longin Mendo, August, S. 18)

Den mutmaßlichen Höhepunkt antisemitischer Ausfälle in der *Aula* lieferte im Jahr 2017 ein Leserbrief von Armin Fitzka: „Seit 3.000 Jahren dominiert das intelligenteste Volk auf Erden unseren Planeten. Das Alte Testament ist Grundlage und gibt Zeugnis. Der neutestamentarischen Christenheit wird eingeredet, ihr Heil im Jenseits zu finden. Die irdischen Geschäfte und Herrschaftsverhältnisse bestimmen andere.“ Diese anderen stünden auch hinter dem Phänomen der Migration: „Durch die Vermischung der abendländischen Zivilisation mit einem gelenkt einfallenden Heer von Analphabeten und Fast-Analphabeten [...] wird auch der abendländische Durchschnitts-IQ massiv gesenkt. Der Abstand zum Durchschnitts-IQ des bei weitem intelligentesten Volkes unseres Globus wird also weiter vergrößert. [...] Faszinierend ist, wie einer zahlenmäßig

winzigen Minderheit der Siegeszug über unseren ganzen Planeten gelang.“ (Oktober, S. 6)

Geschichtsklitterung und NS-Sympathien

Gleich mehrere Seiten der *Aula*-Doppelnummer (Mai/Juni, S. 9–13) 2017 nahm der Abdruck des Thesenpapiers eines ehemaligen deutschen Bundeswehrobersts zur Ehrenrettung der Wehrmacht in Anspruch. Diese habe im Zweiten Weltkrieg vielfach „[r]itterliche Menschlichkeit“ unter Beweis gestellt. „Die deutschen Soldaten bewiesen [...] bis zum Kriegsende, auch unter hohem eigenem Risiko, eine Menschlichkeit, die ihresgleichen sucht“. Auch böten die „überragenden militärischen Leistungen deutscher Streitkräfte im Zweiten Weltkrieg und deren ebenso große Ritterlichkeit [...] handfest Nachahmenswertes für alle Einsatzszenarien“ in der Jetztzeit.

Auch der in rechtsextremen Kreisen gern erörterten Kriegsschuldfrage widmete sich die *Aula* 2017 wiederholt. Einer Rezension in der November-Nummer (S. 58) zufolge war „das Deutsche Reich am 1. September 1939 zum Handeln gezwungen“ worden. In derselben Tonart und derselben Ausgabe ortet ein „revisionistischer“ Autor (Michael C. Steinmetz) die Hauptverantwortung am Ausbruch des Zweiten Weltkriegs bei den USA und findet wohlwollende Worte für das NS-Regime: die Amerikaner hätten im Zweiten Weltkrieg realisiert, „daß eine staatlich geeinte Nation, sprich das Dritte Reich, eine ungeheure Macht darstellte [...]. Das Solidaritätsgefühl in einem Staat mit gleicher Sprache, Kultur und Herkunft ist dem Konglomerat einer multikulturellen Mischgesellschaft mit den entsprechenden inneren Dauerkonflikten eindeutig überlegen.“ (S. 38 ff.)

Vergangenheitsbewältigung

Initiativen zur kritischen Aufarbeitung der NS-Ära steht die *Aula* wenig überraschend ablehnend gegenüber: so berichtete sie heuer höhnisch über die Stiftung einer „Holo-Professur“ (Professur für Holocaustforschung) an der Goethe-Universität Frankfurt (Jänner, S. 27), attestierte in derselben Nummer dem Direktor des Jerusalemer Simon-Wiesenthal-Centers „ewige Rachegefühle“ (Kurzmeldung, S. 37) und ließ einen Vertreter der neonazistischen NPD gegen „Schuldskult“ anschreiben

(Björn Clemens, S. 53). Das Deserteursdenkmal am Ballhausplatz wird als „reine Platzverschwendung“ abgehandelt, deren „Sinnhaftigkeit ein normaler Mensch nicht erkennen kann“. (Kurzmeldung, Juli, S. 47) Fred Duswald geißelt „das institutionalisierte Ausschlachten von Mauthausen“, das ihm zufolge „auch dazu dient, um von Verbrechen der Gegenwart, insbesondere vom ‚Weltkrieg gegen das unborene Leben‘ (Erzbischof Georg Eder), abzulenken“. (September, S. 12)

Rassismus

Wolf Borkin bekennt sich in der *Aula* dazu, „Menschen anderer Rassen“ nicht „im eigenen Land haben“ zu wollen, was ein „völlig normale[r]“ menschlicher Zug sei, und stellt den Opfern rassistischer Übergriffe die zynische Frage, warum sie „sich nicht die Wohltat gönnen, Österreich rasch wieder zu verlassen“. (Jänner, S. 19) Den in der *Aula* viel gegeißelten „Globalismus“ beschreibt Thomas Seifert als das Streben nach einer „Weltordnung [...], die im Endeffekt liberale, androgyne, rassistisch gemischte Individuen zur Folge“ habe. (Februar, S. 44) Die allgegenwärtigen bösen Hintergrundmächte seien im Begriff, „die Völker und Rassen abzuschaffen“ (Gerhoch Reisegger, Februar, S. 50), wozu ihnen „Massenmigration und Blutsvermischung“ als Instrumente dienten (Gustaf Horn, Februar, S. 59).

Parteilpolitische Anbindung

Wie üblich fanden sich unter den *Aula*-Autoren des Jahres 2017 zahlreiche Funktionäre der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) – allesamt aus der Steiermark: Mario Eustacchio (Jänner, S. 8 f.), Armin Sippel (Jänner, S. 16), der mittlerweile in den Nationalrat eingezogene Hannes Amesbauer (Februar, S. 25), Marco Triller (Juli, S. 23) und Gerhard Kurzmann (September, S. 8 f.). Für ein Interview stand der *Aula* – zum vierten Mal seit März 2016 – Bundesparteiobmann Heinz-Christian Strache zur Verfügung (April, S. 12 f.).

Auch FPÖ-Inserate fanden sich 2017 nach wie vor in der Zeitschrift, wenn auch seltener als in vergangenen Jahren. Größter individueller Inserent war der steirische Europa-Abgeordnete Georg Mayer, der seine ganzseitigen Einschaltungen im Mai/Juni und Juli über die Fraktionsförderung des EU-Parlaments finanzierte. Ein Blick auf die Eigentümerstruktur des

Aula-Verlags (als Medieninhaber und Herausgeber der Zeitschrift) ist aufschlussreich: in den Vorständen der Anteilseigner, der föderal organisierten *Freiheitlichen Akademikerverbände* (FAV) finden sich unter anderen die Nationalratsabgeordneten Wendelin Mölzer (Obmann *Verband freier Akademiker Kärnten*) und Axel Kassegger (Kassier FAV-Steiermark) sowie der Wiener Landtagsabgeordnete Dietbert Kowarik (Schriftführer FAV Wien-Niederösterreich Burgenland). Auf ihrem Online-Auftritt (Ende 2017) verweist die ARGE FAV auf ihr „befreundete[s] Verhältnis“ zur FPÖ. Dieses wurde besonders eindrücklich 2011 dokumentiert, als sich zahlreiche Parteigrößen als Gratulanten zum 60-Jahr-Jubiläum der *Aula* einstellten (vgl. Dezember-Ausgabe 2011), darunter Parteichef Strache, Udo Landbauer und Manfred Haimbuchner. Johann Gudenus würdigte die Zeitschrift damals als „unverzichtbaren Bestandteil unserer Demokratie“, Georg Mayer bezeichnete die *Aula* als „Silberstreif am Horizont der heimischen Journaille“, sie betreibe „seriöse Berichterstattung abseits des Diktats der politisch korrekten Moral- und Tugendwächter“.

Forderungen an die Politik

Angesichts dieser Verschränkungen erscheint notierenswert, dass in der *Aula* 2017 bereits Forderungen an die inzwischen angelobte neue Bundesregierung formuliert wurden. So sollte „dubiosen Vereinen wie dem ‚Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes‘ (DÖW) der Geldhahn zugedreht werden“. (Martin Pfeiffer, Oktober, S. 7) Ebenfalls auf der Wunschliste: „Partielle Vorbehalte zu internationalen Vereinbarungen (Menschenrechtskonvention, Flüchtlingskonvention), die längst fällige Umgestaltung der Kammern“ oder „ein Verbot muslimischer Vereine“. Im Sinne der Nachhaltigkeit der anstehenden Wende sollte die kommende Koalition zudem „auch verfassungsrechtliche Maßnahmen andeuten, um ein neuerliches Emporkommen der Grünen und ein Wiedererstarken der Roten hintanzuhalten. Die vom Wähler unmißverständlich gewünschte Veränderung soll schließlich von Dauer sein.“ (Wolf Borkin, November, S. 23)

Neues von ganz rechts
auf der Website des DÖW
www.doew.at

Ferdinand Berger-Preis gegen Rechtsextremismus gestiftet

In Erinnerung an den österreichischen Widerstandskämpfer und ehemaligen KZ-Häftling Ferdinand Berger (1917–2004) hat das DÖW gemeinsam mit Bergers Sohn und Enkelsohn den Ferdinand Berger-Preis ins Leben gerufen.

Das DÖW vergibt diesen Preis jährlich – beginnend mit 2018 – an Personen, die durch wissenschaftliche oder publizistische Leistungen oder durch besonderes öffentliches Auftreten einen markanten Beitrag gegen Neofaschismus, Rechtsextremismus, Rassismus oder demokratiegefährdendes Verhalten geleistet haben.

Der von Ernst Berger und René Berger gestiftete Preis ist mit 3000,- Euro dotiert und kann in zwei Teile geteilt werden.

Die Nominierung erfolgt durch eine Jury des DÖW, der neben den Preisstiftern auch Ruth Wodak, Corinna Milborn, Paulus Hochgatterer, Alexander Mitteräcker, Gerhard Baumgartner und Christine Schindler angehören.

Zu Ferdinand Berger

Ferdinand Berger kam am 27. November 1917 in Graz zur Welt, war dort in seiner Jugendzeit Mitglied der Sozialistischen Arbeiterjugend, nahm 1934 an den Februartagen in Gösting bei Graz teil und wurde zwischen 1934 und 1936 mehrfach inhaftiert. 1937 schloss er sich den Internationalen Brigaden an und nahm auf Seiten der Republik am Spanischen Bürgerkrieg teil. Ab 1941 war er als politischer Häftling in den Konzentrationslagern Dachau und Flossenbürg inhaftiert und kehrte nach der Befreiung 1945 nach Österreich zurück. Er begann ein Jusstudium an der Universität Wien und trat in den Polizeidienst ein, um sich am Aufbau einer demokratischen Polizei zu beteiligen. Nach seiner Pensionierung als Polizeirat im Jahre 1975 engagierte er sich als ehrenamtlicher Mitarbeiter des DÖW und als Zeitzeuge in Schulen. Als Obmann der Lagergemeinschaft Dachau war er Initiator der Gedenktafel am Wiener Westbahnhof, die noch heute an den 1. Transport in das KZ Dachau erinnert. 1968 trat Ferdinand Berger aus Protest gegen die Niederschlagung des Prager Frühlings aus der KPÖ aus.

Ferdinand Berger war Träger der Befreiungsmedaille der Republik und des Goldenen Ehrenzeichens für Verdienste um die Republik Österreich.



Von links nach rechts: **Die Spanienkämpfer Leopold Jansa, Ferdinand Berger, Johann Griebaum, Johann Rührli, Georg Meischl, Franz Frisch** (Foto: DÖW/Spanienarchiv)

**Schwarz, Peter: Julius Tandler.
Zwischen Humanismus und Eugenik.
Wien: Edition Steinbauer 2017. 319 S.**

Zwar findet sich die Gleichsetzung des sozialdemokratischen Wohlfahrtssystems des Roten Wien der Zwischenkriegszeit mit dem „Totalitarismus“ des NS-Systems fast nur mehr in mäßig intelligenten Internet-Postings, doch noch im November 2017 publizierte die Plattform *Cyberweiber* einen Blog-Eintrag, in dem als Beleg für die Existenz „faschistische[r] Strömungen“ in der SPÖ der „Eugeniker Julius Tandler“ angeführt wurde (<https://alexandrabader.wordpress.com/2017/11/30/sexuelle-gewalt-und-kartelle-des-schweigens/>).

Tandler als „Faschist“ hinstellen, mag eine zornige Einzelmeinung sein. In dem großen sozialdemokratischen Gesundheits- und Kommunalpolitiker einen der ideologischen Wegbereiter der NS-„Euthanasie“-Verbrechen zu sehen, ist jedoch seit den frühen 1990er-Jahren eine in zahlreichen intellektuellen Debatten postulierte „Wahrheit“, die gern auch für hämische Anspielungen nach dem Motto „Ihr [Linken] ja auch ...“ herhalten muss. Andererseits ist es unbestreitbar, dass nahezu alle, die das Wirken des Wiener Wohlfahrts- und Gesundheitsstadtrats der Zwischenkriegszeit, des Anatomieprofessors Julius Tandler (1869–1936), für untrennbar verbunden mit den Errungenschaften des Roten Wien halten, sich jahrzehntelang geweigert haben, die eugenische Komponente dieses Wirkens auch nur zur Kenntnis zu nehmen. Sie alle schreckten davor zurück, sich mit der Tatsache ernsthaft auseinanderzusetzen, dass die zahlreichen Äußerungen Tandlers zu „lebensunwertem Leben“ und „Minusvarianten“ (darunter verstand er unheilbar Kranke, Behinderte und Alkoholiker) alles andere als gelegentliche, dem damaligen Zeitgeist geschuldete „Ausrutscher“ waren. Peter Schwarz hat sich dieser Auseinandersetzung gestellt und Tandlers Weltbild zwischen Humanismus und Eugenik in einer überzeugenden Biographie dargestellt.

Die Bedeutung des Buches würdigte der Leiter des *Presse-Archivs*, Günther Haller, bereits unmittelbar nach dessen Erscheinen in einer umfangreichen Rezension: Tandler sei immer wieder Objekt „parteilich-politischen Hickhacks“ und werde „ins Spiel gebracht, um die Glaubwürdigkeit

der SPÖ in Fragen des Antifaschismus in Zweifel zu ziehen. Wirfst du mir meinen Karl Lueger oder Engelbert Dollfuß vor, so werfe ich dir deinen großdeutsch denkenden Karl Renner oder Julius Tandler vor! Bei Diskussionen um politisch fragwürdige Straßennamen oder Denkmäler taucht in diesem undifferenzierten ‚Tu quoque‘ mit Sicherheit auch der Julius-Tandler-Platz im neunten Bezirk auf. Dass Tandler zwar inhumane und menschenverachtende Ideen vertrat, sie aber nicht in seine reale Politik einfließen ließ und seine Partei nicht davon infiziert wurde, macht die Aufarbeitung auch nicht leichter. Eine wissenschaftlich fundierte Darstellung der fragwürdigen Positionen Tandlers ohne polemisch-bösartige Parteinahme war fällig. Sie liegt nun vor.“ (*Die Presse*, 17. 6. 2017)

Mit seiner Biographie Tandlers setzt Peter Schwarz die kritische Auseinandersetzung mit dunklen Seiten der österreichischen Wissenschaftsgeschichte, insbesondere der Medizin, fort, die auch linke, fortschrittliche Persönlichkeiten nicht spart. Über seinen engeren Fachbereich hinaus hat Peter Schwarz, 1995 bis 2012 wissenschaftlicher Mitarbeiter des DÖW, sich einen Namen gemacht, als er 2005 gemeinsam mit Wolfgang Neugebauer die Studie über die „braunen Flecken“ in der SPÖ publizierte (*Der Wille zum aufrechten Gang. Offenlegung der Rolle des BSA bei der gesellschaftlichen Reintegration ehemaliger Nationalsozialisten*).

Schwarz' Tandler-Biographie zeichnet sich durch eine unvoreingenommene Herangehensweise aus, die nicht beschönigt und nicht pauschalisiert, sondern den Arzt und Politiker Tandler in dessen wissenschaftliches und gesellschaftliches Umfeld einzuordnen versucht und ihn als „Mensch in seinem Widerspruch“ (Conrad Ferdinand Meyer über den streitbaren Humanisten Ulrich von Hutten) zeigt.

In seinem Bemühen um Klärung der Frage, ob Tandlers wissenschaftliche Positionen mithalfen, der NS-„Euthanasie“ den Weg zu bereiten, geht Schwarz weit über eine bloße Schilderung der unangefochtenen Dominanz rassenhygienischer bevölkerungspolitischer Ideen im wissenschaftlichen und politischen Diskurs im letzten Drittel des 19. und im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts hinaus. Er arbeitet die Besonderheiten der eugenischen Positionen Tandlers zunächst anhand von dessen Positionierung in der damals heftig umstrittenen Frage, welche menschlichen

Eigenschaften vererbt und welche erworben seien, heraus. Wichtig für das Verständnis der zitierten Texte durch heutige LeserInnen ist, dass Schwarz zeigt, dass es im damaligen medizinischen Diskurs allgemein üblich war, Menschengruppen, die sich durch vererbte gemeinsame Merkmale auszeichnen, als „Rassen“ zu bezeichnen – eine Terminologie, die sich in anderen Sprachen ja bis Anfang des 21. Jahrhunderts halten konnte und nur im Deutschen schon früh durch den Nationalsozialismus diskreditiert wurde.

Ausführlich widmet Schwarz sich sodann der Verbindung von Medizin und Soziologie in der sogenannten „Menschenökonomie“, die auch Tandlers Denken maßgeblich beeinflusste. Dieser Denkansatz wurde insbesondere von dem der Sozialdemokratie nahestehenden Wiener Privatgelehrten Rudolf Goldscheid entwickelt. Goldscheid trug 1911 in seinem Buch *Höherentwicklung und Menschenökonomie – Grundlegung einer Sozialbiologie* Argumente gegen den „Sozialdarwinismus“ zusammen und wandte sich gegen die Rassenhygiene, die den Wert menschlichen Lebens am Erbgut festmachte. Als Wertmaßstab diente ihm die „gedeihliche Entwicklung sowohl des einzelnen Individuums, der einzelnen Familien, der einzelnen gesellschaftlichen Verbände, der nationalen Gemeinschaften, der verschiedenen Rassen, wie schließlich der Menschheit“ insgesamt (zitiert nach Schwarz, S. 39). „Goldscheid räumte zwar ein, dass Kranke, Alte und Invalide keinen direkten Mehrwert mehr schaffen könnten, doch sei ‚der indirekte Mehrwert, der durch deren Erhaltung zustande kommt, ein ganz erheblicher‘. Die entwicklungsökonomische Kritik zeige also, ‚daß die Erhaltung dieser Menschenkategorie äußerst wichtig ist‘. Damit hatte Goldscheid eine moralische ‚Ökonomie des Mitleids‘ etabliert, die selbst wieder argumentativ um die Frage des volkswirtschaftlichen Werts des Lebens kreiste.“ (S. 41)

Indem Goldscheid jedoch die Aufwandsersparnis und Ertragsoptimierung zur obersten ethischen Maxime erklärte, blieb er der Abwägung von Kosten und Nutzen in Bezug auf das menschliche Leben verpflichtet. Zu Goldscheid, Mitbegründer der Österreichischen Liga für Menschenrechte, liegt seit 2004 mit der Diplomarbeit des Grazer Soziologen Georg Witrisal (*Der „Sozialmarckismus“ Rudolf Goldscheids. Ein milieutheoretischer Denker zwischen humanitärem En-*

gagement und Sozialdarwinismus) eine kluge Studie vor, die einen wichtigen Aspekt der Sozialreform behandelt, nämlich die Vorstellung, durch „sozialbiologische“ Maßnahmen eine „Höherentwicklung“ der menschlichen Gesellschaft erreichen zu können. Nicht zuletzt über Julius Tandler, der an die Stelle der Armenfürsorge eine die gesamte Gesellschaft umfassende „Volksfürsorge“ setzte, in deren Mittelpunkt die Gesundheitspolitik stand, wurden diese Vorstellungen auch für die praktische Politik wirkungsmächtig. Die theoretische Grundlegung gerade dieses für das Rote Wien so charakteristischen Politikfeldes erfolgte jedoch nicht durch eine marxistische Gesellschaftsanalyse, sondern durch die Übertragung medizinischer Erkenntnisse der Humangenetik auf die Politik. Die Verbesserung der Lebensverhältnisse der Bevölkerung sollte mit der „Verbesserung“ ihres biologischen Erbgutes (daher der Begriff *Eugenik*) einhergehen. Wie hegemonial die Eugenik im medizinischen, aber auch gesellschaftlichen Denken war, zeigt beispielsweise, dass auch Theoretiker, die sich humanistischen Idealen verpflichtet fühlten, hierfür den Begriff der „Aufartung“ verwendeten. Umgesetzt in praktische Politik bedeutete dies die Entkoppelung der Fürsorge von privater Wohltätigkeit und ihre Durchsetzung als verpflichtende öffentliche Aufgabe und Rechtsanspruch aller in Wien Wohnenden. Ergänzt wurden die Fürsorgemaßnahmen – zu denen in besonderem Ausmaß die gesundheitliche Betreuung der Kinder zählte (Stichwort: „Kein Wiener Kind darf auf Zeitungspapier geboren werden“) – durch Maßnahmen zur Erziehung der Menschen zu „verantwortungsbewusstem“ Handeln in Bezug auf die Fortpflanzung. Schwarz arbeitet heraus, dass Tandler kein Anhänger der „Euthanasie“ im heutigen Verständnis des Wortes war, dass er aber – unter der Vorbedingung der Freiwilligkeit und der Aufklärung – die Sterilisation erkrankter Menschen befürwortete. Der grundsätzliche Unterschied Tandler'scher Sozialpolitik zu Vertretern der Rassenhygiene bestand in der Propagierung und Durchführung eugenisch begründeter sozialer Verbesserungsmaßnahmen, während Letztere die „Ausmerze der Minderwertigen“ verlangten.

Schwarz behandelt in seiner Biographie auch das Eintreten Tandlers für Kinderausspeisungen durch die Zentralküche WÖK, für neue Kinder- und Jugendheime (etwa im Schloss Wilhelminenberg), für Mütterberatungsstellen und Kinderspitäler, aber auch für städtische Grünflächen

Jüdische und nichtjüdische Quellen zu Vertreibung – Deportation – Vernichtung

Vortragsreihe im DÖW, April/Mai 2018

In dieser Vortragsreihe werden unterschiedliche Quellen (Dokumente von Opfern, Tätern und ZeugInnen, mündliche und schriftliche Erinnerungen) zur Verfolgung der jüdischen Bevölkerung vorgestellt. Während die Täter über die Deportationen akribisch Buch führten, sind die Vertreibungen der ersten Monate nach dem „Anschluss“ Österreichs an NS-Deutschland nur ungenügend dokumentiert. In den Nachkriegsprozessen gegen die Täter wurde der Vernichtungsvorgang selbst rekonstruiert. Die gegenwärtige Holocaustforschung wendet sich verstärkt den ersten, teilweise noch vor der Befreiung von Jüdinnen und Juden selbst zusammengetragenen Dokumentensammlungen zu.

26. April 2018
Winfried R. GARSCHA: *Von den Vertreibungen im März/April 1938 bis zu den ersten Deportationen 1939 und 1941*

3. Mai 2018
Claudia KURETSIDIS-HAIDER: *Die Dokumentation der Justiz: Prozesse gegen die Verantwortlichen des Vernichtungslagers Maly Trostinec*

17. Mai 2018
Winfried R. GARSCHA: *Majdanek und die Vernichtungsorte der „Aktion Reinhardt“ (Belzec – Sobibor – Treblinka) – mit Filmbeispielen*

24. Mai 2018
Wolfgang SCHELLENBACHER: *Erstes Sprechen über den Holocaust: Überblick über Early-Documentation-Projekte*

Veranstalter:
Jüdisches Institut für Erwachsenenbildung
in Kooperation mit dem DÖW

Kurs-Nr.: FV274a–d | **Kosten:** 24,– Euro (6,– Euro/Vortrag)

Ort:
Veranstaltungsraum Ausstellung Dokumentationsarchiv, Altes Rathaus,
Wipplingerstraße 6–8, 1010 Wien (Eingang im Hof)

Zeit:
jeweils Donnerstag, 18.30 bis 20.00 Uhr

Anmeldung:
Anmeldung und Bezahlung im Jüdischen Institut für Erwachsenenbildung,
e-mail: office.jife@vhs.at | T: +43 1 891 74 153 000

und öffentliche Bäder. Besonders erschüttert war Tandler über die Zustände in der Altenpflege in Lainz, wo Pflegebedürftige auf Matratzen auf dem Boden lagen („Erdbelag“). So weit es in seiner Macht als Kommunalpolitiker lag, versuchte er in solchen Fällen Abhilfe zu schaffen. Wie auch in anderen Publikationen gründet Schwarz seine Einschätzungen auf

umfangreiches und gründliches Aktenstudium. Um die öffentlichen Auftritte Tandlers analysieren zu können, hat er die fünf Laufmeter Akten der Wiener Gemeinderatssitzungsprotokolle 1920–1934 durchgearbeitet und dabei festgestellt, dass die Häufigkeit der Verwendung einschlägiger Begriffe aus der Eugenik-Debatte im Laufe der Jahre abnahm. Zentra-

les Ergebnis dieser immensen Quellenarbeit war, dass Tandler auch in jenen Redebeiträgen, in denen er „bevölkerungspolitisch argumentiert und dabei an manchen Stellen die Sprache der radikalen Rassenhygiene aufgreift“, sich inhaltlich „stets an den Thesen der Menschenökonomie Goldscheids orientiert, und zwar in einem viel stärkeren Ausmaß“ als in den für ein überschaubares Fachpublikum gehaltenen wissenschaftlichen Vorträgen. (S. 62)

Wichtig für heutige politische Auseinandersetzungen ist der Befund, zu dem Schwarz auf der Grundlage seiner langjährigen wissenschaftlichen Beschäftigung mit den Medizinverbrechen des Nationalsozialismus gelangt: Tandlers Aussagen hatten für die Protagonisten der NS-„Euthanasie“ keine Relevanz, da dieser als Jude, Freimaurer und Exponent des Roten Wien für die Nationalsozialisten ein absolutes Feindbild war. Im Wiener Gemeinderat machte die NSDAP-Fraktion 1932/33 Stadtrat Tandler für die angebliche „Verjudung“ des Wiener Gesundheitssystems verantwortlich. Tandler als Feindbild und Hassobjekt inner- und außerhalb des Wiener Gemeinderates bildet einen eigenen Abschnitt des Buches. In einem Exkurs behandelt Schwarz die Rolle Tandlers in der „antisemitischen Kampfzone“ der Universität Wien: Das von ihm geleitete 1. Anatomische Institut war wiederholt Brennpunkt von Gewaltexzessen antisemitischer deutsch-völkischer und nationalsozialistischer Studierender; im Buch sind zwei Fotos von einem Überfall am 9. Mai 1933 abgedruckt: Das eine zeigt den durch die Nazi-Studenten verwüsteten Hörsaal, das andere die Evakuierung jüdischer Studentinnen und Studenten, die über die Außenfenster mit Leitern in Sicherheit gebracht wurden. Unter dem Eindruck der politischen Rechtsentwicklung in Österreich nach dem Regierungsantritt Dollfuß' 1932, die bereits Finanzstadtrat Hugo Breitner zum Rücktritt veranlasst hatte, sowie des antisemitischen Terrors zog sich im Juli 1933 auch Julius Tandler aus der Kommunalpolitik zurück. Im März 1934 wurde er zunächst vom Unterrichtsminister als Universitätsprofessor zwangsemertiert, anschließend im Zuge der politischen Kündigungswelle sozialdemokratischer Ärzte aus dem Dienst der Stadt Wien entlassen. Es verdient festgehalten zu werden, dass – vier Jahre vor der nationalsozialistischen Machtübernahme in Österreich – 56 der 58 durch die Dollfuß-Diktatur entlassenen Ärzte jüdischer Herkunft waren.

Nach einem Zwischenaufenthalt in China und einer kurzzeitigen Rückkehr nach

Wien nahm er 1936 eine Einladung in die UdSSR an, um als Berater an der Reform des sowjetischen Gesundheitssystems mitzuwirken. Er starb jedoch, bald nach Aufnahme seiner Arbeit, mit 62 Jahren an einem Herzinfarkt. Tandlers Leichnam wurde einbalsamiert und in einem Sonderwaggon der sowjetischen Staatsbahnen nach Wien überstellt; an der polizeilich überwachten Einäscherung in der Feuerhalle Simmering nahmen der sowjetische Gesandte, der spätere Bundespräsident Theodor Körner und der abgesetzte Wiener Bürgermeister Karl Seitz teil.

Im abschließenden Abschnitt des Buches stellt Schwarz seine Forschungsergebnisse zu Genese, Strukturen und Diskursen zum Thema *Eugenik und Rassenhygiene in Österreich vor 1938* vor. Die kurzen, übersichtlichen Kapitel lesen sich wie Lexikoneinträge – der Ausführlichste ist natürlich Julius Tandler selbst gewidmet.

Bemerkenswert ist, dass Schwarz trotz seines nüchternen Stils, der sich weitgehend nachträglicher Wertungen enthält, dort, wo Fragen berührt werden, die auch die heutige Sozialpolitik betreffen, eine deutliche Sprache spricht. So weist er – unter Bezugnahme auf Appelle Tandlers, dass der Staat sein „wertvollste[s] Besitztum“, die Menschen, hegen, pflegen und verwalten müsse – auf jenes „Zwangsmoment“ hin, das „jedem Fürsorgegedanken immanent ist“. Und er fügt hinzu: „Entscheidend ist hier die Dosierung: Auf ein Minimum an Zwang kann wohl keine öffentliche Fürsorge (nicht nur jene Tandlers) verzichten, wird er im Übermaß forciert – wenn beispielsweise Fremdbestimmung und Bevormundung die Fürsorgepraxis dominieren –, verliert Fürsorge rasch ihre soziale, menschliche und ethische Dimension und Rechtfertigung. Das galt zu Tandlers Zeiten, das gilt heute.“ (S. 50)

Vor mehr als dreißig Jahren hat die Wiener Kulturanthropologin Doris Byer versucht, eine Diskussion über „Sozialbiologie“ und Austromarxismus anzustoßen. Doch mit dem Schwinden des Interesses am Austromarxismus geriet auch ihre 1988 unter dem Titel *Rassenhygiene und Wohlfahrtspflege. Zur Entstehung eines sozialdemokratischen Machtdispositivs in Österreich bis 1934* publizierte Dissertation in Vergessenheit. Alles, was davon in den politischen Diskurs Eingang fand, waren Versatzstücke, die sich zur Denunziation „linker Utopien“ zu eignen schienen. Es ist zu hoffen, dass in künftige Diskussionen um das Rote Wien die verschiedenen ideologischen Strömungen, die diesem sozialen Aufbauwerk zugrunde lagen, nachhaltiger

miteinbezogen werden. Eine wesentliche Grundlage hierfür hat Peter Schwarz mit seiner Tandler-Biographie gelegt, der eine weite Verbreitung zu wünschen ist.

Winfried R. Garscha

Schafranek, Hans: Widerstand und Verrat. Gestapospitzel im antifaschistischen Untergrund 1938–1945. Wien: Czernin Verlags GmbH 2017. 503 S.

Die Beschäftigung Hans Schafraneks mit der Rolle von „V-Leuten“ innerhalb des Herrschaftsapparates der Gestapo reicht viele Jahre zurück und fand ihren Niederschlag in einer Reihe von Aufsätzen, die Teilaspekte des Themas behandelten (siehe u. a. die DÖW-Jahrbücher 2000, 2009, 2016). Mit der 2017 veröffentlichten Studie liegt nun eine umfangreiche Zusammenschau vor, die nicht zuletzt auf der Sichtung bisher ungenutzten Archivmaterials des Bundesarchivs in Berlin beruht. Die geringe Beachtung, die der Einsatz von Spitzeln im Kampf gegen Regimegegner in der Zeitgeschichtsforschung bis in jüngere Zeit erfuhr, erklärt sich, so Schafranek, nicht nur aus der vielerorts gründlichen Vernichtung relevanter Aktenbestände in den letzten Kriegswochen, sondern ebenso aus der Natur ihrer Tätigkeit: Auch innerhalb der Gestapo unterlag die Identität der Konfidenten absoluter Geheimhaltung und Hinweise auf ihre Aufträge finden sich in Vernehmungprotokollen und Prozessakten nur sporadisch. Der Mythos einer übermächtigen und allgegenwärtigen Gestapo, elementarer Bestandteil der propagandistischen Selbstinszenierung des NS-Regimes, erwies sich zudem nach 1945 als willkommenes Bestandteil einer Erinnerungskultur, die sich der kritischen Auseinandersetzung mit dem eigenen Verhalten unter den Bedingungen der faschistischen Diktatur verweigerte.

In fünf Kapiteln beschreibt Schafranek die fast vollständige Unterwanderung des organisierten Widerstandes in Wien und Niederösterreich und einer von Berliner KPD-Funktionären unterstützten Widerstandsorganisation in Tirol. Weder den in der illegalen Arbeit vor 1938 erfahrenen SozialistInnen und KommunistInnen noch legitimistischen und konservativen Gruppen im Widerstand, die nach dem „Anschluss“ entstanden, gelang es, das Eindringen von Verrätern in ihre Reihen zu verhindern. Die Bilanz besonders „erfolgreicher“ KonfidentInnen wie Kurt Koppel, Grete Kahane oder Otto Hartmann, deren Angaben zur Verhaftung hunderter Re-

gimegegner führten, war der Widerstandsforschung in Umrissen bekannt. Nunmehr ermöglicht die Auswertung der von Schafranek erstmals herangezogenen Quellen den Einblick in konkrete Abläufe, von der Rekrutierung der „V-Leute“, deren „Betreuung“ durch Referatsleiter der Gestapo bis hin zur in allen Einzelheiten geplanten Infiltrierung der Widerstandsnetze. Sie gelang in vielen Fällen auch deswegen mühelos, weil alten persönlichen Bindungen vertraut und jeder Hinweis auf drohenden Verrat ignoriert wurde. Besonders aufschlussreich sind hier die Biographien der Spitzel, die sich einfacher Zuordnung entziehen. Einige von ihnen waren bereits vor 1938 für die österreichische Staatspolizei tätig und nutzten ihre Kenntnisse nun unter den neuen Machthabern, andere erklärten ihre Bereitschaft zur Mitarbeit nach entsprechenden „verschärften Vernehmungen“, unter der Androhung von Repressalien gegen Familienangehörige, der Einweisung in ein Konzentrationslager oder der sofortigen Einberufung zur Wehrmacht. KP-Funktionär Karl Zwifelhofer, 1942 zum Tod verurteilt, gelang es als „Zellenspitzel“ seiner Hinrichtung zu entgehen. Nicht wenige dienten sich der Gestapo freiwillig an, motiviert durch finanzielle Zusagen oder die Aussicht auf Anerkennung.

Der Werdegang Johann Pavs, seit 1936 Organisationsleiter der Revolutionären Sozialisten (RS), zeigt, wie vielschichtig Beweggründe im Einzelfall sein konnten – und wie weit es gelingen konnte, sich trotz Überwachung durch das zuständige Referat und ständiger Berichtspflicht Handlungsspielräume zu bewahren, Informationen zu manipulieren und ehemalige MitstreiterInnen zu schützen, um sich so die Illusion der eigenen Anständigkeit zu bewahren. Pav bespitzelte sozialistische EmigrantInnen im Exil und befreundete GesinnungsgenossInnen im Inland, die er ohne Skrupel dem sicheren Tod überantwortete, mochte sich vor Gericht 1946 aber dennoch nicht als „Verräter“ sehen.

Schafranek standen bei seinen Recherchen nur in beschränktem Ausmaß ältere Forschungsergebnisse deutscher Fachkollegen zur Verfügung. Lokale und regionale Untersuchungen liegen seit den 1990er-Jahren vor, eine Gesamtdarstellung des Einsatzes von „V-Leuten“ und ihrer Bedeutung für die Zerschlagung des deutschen Widerstandes indes steht aus. Für Österreich ist – abgesehen von den eingangs erwähnten Veröffentlichungen des Autors – lediglich auf die detailreichen Arbeiten von Franz Weisz zur Gestapo-

18. Gedenkfahrt nach Engerau

Exkursion am 29. März 2018

Enthüllung einer Gedenktafel für die ermordeten ungarisch-jüdischen Zwangsarbeiter des Lagers Engerau in Hainburg

Ende November/Anfang Dezember 1944 wurde in Engerau (Petržalka, Bratislava) ein Arbeitslager für ungarische Juden eingerichtet. Circa 2000 Zwangsarbeiter mussten beim Bau des sogenannten Südostwalles Sklavenarbeit leisten. Viele starben an den Folgen von Hunger, Kälte und Misshandlungen oder wurden von Wiener SA-Männern oder Politischen Leitern ermordet. Mehr als 100 Männer kamen Ende März 1945 im Zuge des „Todesmarsches“ von Engerau nach Bad Deutsch-Altenburg ums Leben.

Veranstalter: Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz am DÖW

Kosten: 25,- Euro (inkl. Mittagessen) / 20,- Euro (exkl. Mittagessen); Ermäßigung für Studierende, SchülerInnen, Lehrlinge, Arbeitssuchende: 15,- Euro (inkl. Mittagessen) / 10,- Euro (exkl. Mittagessen)

Zeit:

Donnerstag, 29. März 2018 | Abfahrt 8.30 Uhr (Treffpunkt 8.15 Uhr)

Anmeldung bis 24. März 2018:

Claudia Kuretsidis-Haider (Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz)

T: (01) 22 89 469 / 315 | e-mail: claudia.kuretsidis@nachkriegsjustiz.at

Weitere Informationen/Programm: www.doew.at



Gedenken in Engerau 2016

(Foto: Forschungsstelle Nachkriegsjustiz)

leitstelle Wien (seit 1991) sowie einen Aufsatz zur Unterwanderung des steirischen Widerstandes durch „V-Leute“ zu verweisen (Heimo Halbrainer, *Widerstand und Verrat*, in: Margit Franz/Heimo Halbrainer [Hrsg.], *Mapping Contemporary History. Zeitgeschichten im Diskurs*, Wien-Köln-Weimar 2008, S. 321–350).

Nach seiner Studie zur Geschichte der Österreichischen Legion (*Söldner für den Anschluss*, 2011) legt Schafranek mit diesem Buch ein weiteres wichtiges Grundlagenwerk zur österreichischen Zeitgeschichte vor. Anhand der minutiös recherchierten Fallstudien wird deutlich, wie gering selbst für den umsichtig-konspirativ

agierenden Widerstand die Aussicht war, über einen längeren Zeitraum hinweg den Verfolgern zu entgehen. Differenzierte Analysen zur Persönlichkeitsstruktur der Akteure im Dienst der Gestapo sind Bestandteil dieser Fallstudien und werden ergänzt durch einen biographischen Anhang mit Angaben zu weiterführenden Quellen. Bedauerlich erscheint – aus Sicht der in Westösterreich lebenden Rezensentin? – die bereits erwähnte und offenbar Platzgründen geschuldete räumliche Beschränkung der Untersuchung.

Weiterer Forschung vorbehalten bleibt auch der Einsatz von „V-Leuten“ gegenüber „Staatsfeinden“ außerhalb des organisierten Widerstandes – Einwände, die das Verdienst der Studie Schafraneks nicht schmälern.

Gisela Hormayr

Gräfe, Sebastian: Rechtsterrorismus in der Bundesrepublik Deutschland. Zwischen erlebnisorientierten Jugendlichen, „Feierabendterroristen“ und klandestinen Untergrundzellen. Baden-Baden: Nomos-Verlag 2017. 356 S.

Das Bekanntwerden der NSU-Serienmorde hat aus ganz unterschiedlichen Gründen eine schockierende Wirkung ausgelöst. Diese bezog sich auch auf die Forschung zum Thema, denn in den einschlägigen Arbeiten fand Rechtsterrorismus zuvor nur kursorisches Interesse. Der NSU wies darüber hinaus gegenüber dessen früheren Formen einige Spezifika auf. Worin diese genau bestehen, wurde nach der Aufdeckung des terroristischen Trios indessen nur sporadisch untersucht. Eine umfassende Arbeit mit einem diesbezüglichen Erkenntnisinteresse hat nun der Politikwissenschaftler Sebastian Gräfe mit dem Titel *Rechtsterrorismus in der Bundesrepublik Deutschland* vorgelegt. Der wissenschaftliche Mitarbeiter am Hannah Arendt-Institut an der TU Dresden will darin folgender Leitfrage nachgehen: „Welche Gemeinsamkeiten und Unterschiede gibt es mit Blick auf die Ideologie, die Handlungsmuster und die Organisationsprinzipien im Rechtsterrorismus nach der Wiedervereinigung im Vergleich zur Bundesrepublik vor 1990?“ (S. 27)

In der Einleitung entwickelt Gräfe die damit einhergehende Fragestellung genauer, wobei ihm folgende fünf Analyse Kriterien wichtig sind: Ideologie und Entstehungszusammenhang, Gruppenstruktur, Ziele/Opfer der Gewalt, Gewaltintensität und Kommunikationsstrategie. Er nimmt da-

nach diesbezüglich den Rechtsterrorismus vor der deutschen Wiedervereinigung in den Blick. Nach Ausführungen zum politisch-gesellschaftlichen Kontext geht der Autor auf die *Europäische Befreiungsfront*, die *Volkssozialistische Bewegung Deutschlands/Partei der Arbeit*, die *Wehrsportgruppe Hoffmann*, die *Kühnen-Gruppe*, die *Deutschen Aktionsgruppen* und die *Hepp/Kexel-Gruppe* ein. In gleicher Art und Weise untersucht er danach den Rechtsterrorismus nach der Wiedervereinigung, wobei es ihm ebenfalls nach Ausführungen zum politisch-gesellschaftlichen Kontext dabei um die *Sächsischen Hammerskins*, die *Skinheads Sächsische Schweiz*, die *Kameradschaft Süd/Schutzgruppe*, das *Freikorps Havelland*, den *Sturm 34* und dann den NSU geht.

Dem folgt ein systematischer Vergleich bezogen auf die erwähnten fünf Kriterien. Ihm schließt sich eine Betrachtung zum Rechtsterrorismus in anderen Ländern an, dem ebenfalls ein länderübergreifender Vergleich folgt. Am Ende nutzt Gräfe erneut die fünf erwähnten Kriterien, um den NSU mit der RAF zu vergleichen. Deutlich zeigt sich hier: „Es ist nicht angebracht vom NSU als einer *Braunen Armee Fraktion* zu sprechen, zu viele Unterschiede weist die Gruppe im Vergleich zur RAF auf.“ (S. 299) Und danach folgt noch eine Bilanz der Untersuchung von zwölf rechtsterroristischen Gruppen aus fünf Jahrzehnten: Sie macht den Entwicklungs- und Wandlungsprozess deutlich. Dabei kommt Gesichtspunkten wie der Gewaltintensität und Organisationsstruktur ein herausragender Stellenwert zu. Gräfe widmet sich bilanzierend dann aber auch der Rolle von externen und internen Faktoren bei der Entwicklung des Rechtsterrorismus. Am Ende geht er noch auf das ak-

tuelle Gefahrenpotenzial ein, entstanden doch auch nach dem NSU rechtsterroristische Gruppen.

Dem Autor kommt das Verdienst zu, auf breiter Materialgrundlage den NSU vergleichend in die Geschichte des deutschen Rechtsterrorismus eingeordnet zu haben. Dabei erinnert er auch an heute weitgehend vergessene Gruppen. Die Auswertung von Gerichtsurteilen lieferte ihm dazu die nötigen Erkenntnisse. Gräfe geht systematisch vor, indem er stringent seine fünf Untersuchungskriterien nutzt. Dies geschieht indessen nicht beim länderübergreifenden Vergleich, was diesen ein wenig aus der Reihe fallen lässt. Aber bei der Frage nach den Gemeinsamkeiten und Unterschieden von NSU und RAF erweist sich die klare Untersuchungsanlage wieder als erkenntnisfördernd. Problematisieren kann man indessen, ob alle von ihm genannten Gruppen als rechtsterroristisch gelten müssen. Die *Wehrsportgruppe Hoffmann* war zwar gewaltorientiert, aber auch rechtsterroristisch? Handelte es sich nicht eher um eine bedeutende „Durchlaufstation“ von rechtsterroristischen „Karrieren“. Derartige Einwände sprechen aber in der Gesamtschau nicht gegen die Studie.

Armin Pfahl-Traugher

Diese Zeitung ist eine von
1.800 aus dem Leseprogramm von

**APA-DeFacto GmbH
MEDIENBEOBACHTUNG**

1060 WIEN, LAIMGRUBENGASSE 10
TEL.: 01/360 60 - 5123
E-MAIL: defacto@apa.at
INTERNET: <http://www.apa-defacto.at>

Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz:

Medieninhaber: Verein „Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes“, 1010 Wien, Wipplingerstraße 8. Vereinsvorstand: Präsident: BM a. D. Rudolf Edlinger. Vizepräsidenten: Albert Dlabaja, KR Dr. Gerhard Kastelic, Dkfm. Dr. Claus J. Raidl, Prof. Hannes Schwantner. Kassierin: Univ.-Doz. Dr. Brigitte Bailer. Kassier-Stv.: MR PD Dr. Helmut Wohnout. Weitere Mitglieder: Sr. Dr. Edith Beinhauer, Univ.-Prof. Dr. Ernst Berger, Präs. der IKG Oskar Deutsch, Obersensatsrat Univ.-Prof. Dr. Hubert Christian Ehalt, MMag. Markus Figl, Prof. Rudolf Gelbard, DDr. Barbara Glück, Univ.-Prof. Dr. Gabriella Hauch, Präs. d. VwGH Univ.-Prof. Dr. Dr. h. c. Clemens Jabloner, RA Dr. Heinrich Keller, Mag. Hannah Lessing, Willi Mernyi, Dr. Ariel Muzicant, Hon.-Prof. Dr. Wolfgang Neugebauer, Assoz.-Prof. Dr. Bertrand Perz, Dr. Gerhard Schmid, Bezirksvorsteher i. R. Dr. Richard Schmitz, OSR Dr. Kurt Scholz, Mag. Terezija Stoitsits, MR Mag. Manfred Wirtitsch. Wissenschaftlicher Leiter: Dr. Gerhard Baumgartner. Kontrolle: Mag. Eva Blimlinger, Helma Straszniczky, Peter Weidner.

Richtung: Verbreitung von Informationen im Sinne der Grundsatzklärung des DÖW von 1963: „Das Archiv soll vor allem durch dokumentarische Beweise der zeitgeschichtlichen Erziehung der Jugend dienen. Sie soll mit den schrecklichen Folgen des Verlustes der Unabhängigkeit und Freiheit Österreichs sowie mit dem heldenhaften Kampf der Widerstandskämpfer bekannt gemacht werden. Das Archiv soll als bleibende Dokumentation verwahrt werden.“

An der Herstellung dieser Nummer wirkten mit: Susanne Beer, Winfried R. Garscha, Gisela Hormayr, Eva Kriss, Claudia Kuretsidis-Haider, Andreas Peham, Armin Pfahl-Traugher, Veronika Springmann, Bernhard Weidinger.

Impressum: Verleger, Herausgeber und Hersteller: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Wipplingerstraße 8 (Altes Rathaus), 1010 Wien; Redaktion ebenda (Christa Mehany-Mittertutzner, Tel. 22 89 469/322, e-mail: christa.mehany@doew.at; Sekretariat, Tel. 22 89 469/319, e-mail: office@doew.at; web: www.doew.at).

Ich bestelle folgende Publikationen:

Jonny Moser, **Demographie der jüdischen Bevölkerung Österreichs 1938–1945**, Wien 1999, 86 S. € 4,30 ... Stück

Josef Hindels, **Erinnerungen eines linken Sozialisten**, Wien 1996, 135 S. € 6,50 ... Stück

Kombiangebot

Gedenken und Mahnen in Wien, Gedenkstätten zu Widerstand und Verfolgung, Exil, Befreiung. Eine Dokumentation, hrsg. v. DÖW, Wien 1998

und

Gedenken und Mahnen in Wien. Ergänzungen I, Wien 2001. € 13,- (statt € 15,-) ... Stück

Wolfgang Form/Oliver Uthe (Hrsg.): **NS-Justiz in Österreich**. Lage- und Reiseberichte 1938–1945. Schriftenreihe des DÖW zu Widerstand, NS-Verfolgung und Nachkriegsaspekten, Bd. 3, LIT Verlag 2004, LVIII, 503 S., **Sonderpreis € 25,-** (Ladenpr. € 49,90) ... Stück

Institut Theresienstädter Initiative/DÖW (Hrsg.) **Theresienstädter Gedenkbuch**. Österreichische Jüdinnen und Juden in Theresienstadt 1942–1945, Prag 2005, 702 S., € 29,- ... Stück

Herbert Exenberger/Heinz Riedel, **Militärschießplatz Kagran**, Wien 2003, 112 S., € 5,- ... Stück

DÖW, **Katalog zur permanenten Ausstellung**. Wien 2006, 207 S., 160 Abb., € 24,50 ... Stück

DÖW, **Catalog to the Permanent Exhibition**, Wien 2006, 95 S., über 100 Abb., € 14,50 ... Stück

Martin Niklas, „... **die schönste Stadt der Welt**“. **Österreichische Jüdinnen und Juden in Theresienstadt**. Wien 2009, 232 S., € 19,90 ... Stück

Forschungen zum Nationalsozialismus und dessen Nachwirkungen in Österreich. Festschrift für Brigitte Bailer, hrsg. vom DÖW, Wien 2012, 420 S., € 19,50 ... Stück

Barry McLoughlin / Josef Vogl, „... **Ein Paragraph wird sich finden**“. **Gedenkbuch der österreichischen Stalin-Opfer (bis 1945)**, hrsg. v. DÖW, Wien 2013, 622 S., € 24,50 ... Stück

Florian Freund, **Die Toten von Ebensee**. Analyse und Dokumentation der im KZ Ebensee umgekommenen Häftlinge 1943–1945, Braintrust, Verlag für Weiterbildung 2010, 444 S., € 29,- ... Stück

Rudolf Agstner / Gertrude Enderle-Burcel / Michaela Follner, **Österreichs Spitzendiplomaten zwischen Kaiser und Kreisky**. Biographisches Handbuch der Diplomaten des Höheren Auswärtigen Dienstes 1918 bis 1959, Wien 2009, 630 S., € 29,90 ... Stück

Heinz Arnberger / Claudia Kuretsidis-Haider (Hrsg.), **Gedenken und Mahnen in Niederösterreich**. Erinnerungszeichen zu Widerstand, Verfolgung, Exil und Befreiung, Mandelbaum Verlag 2011, 712 S., Ladenpr. € 39,90 ... Stück

Wolfgang Neugebauer, **Der österreichische Widerstand 1938–1945**, überarb. u. erw. Fassung, Edition Steinbauer 2015, 351 S., € 22,50 ... Stück

Wolfgang Neugebauer, **The Austrian Resistance 1938–1945**, Edition Steinbauer 2014, 336 S., € 22,50 ... Stück

Fanatiker, Pflichterfüller, Widerständige. Reichsgaue Niederdonau, Groß-Wien, Jahrbuch 2016, hrsg. v. DÖW, Wien 2016, 412 S., € 19,50 ... Stück

80 Jahre Internationale Brigaden. Neue Forschungen über österreichische Freiwillige im Spanischen Bürgerkrieg, hrsg. v. DÖW u. Vereinigung österreichischer Freiwilliger in der Spanischen Republik 1936–1939 und der Freunde des demokratischen Spanien, Wien 2016, 157 S., € 12,50 ... Stück

Wieder erhältlich: Jakob Rosenberg / Georg Spitaler, **Grün-weiß unterm Hakenkreuz**. Der Sportklub Rapid im Nationalsozialismus, hrsg. v. SK Rapid und DÖW, Wien 2011, 303 S., EUR 18,99 ... Stück

„**Vor unserem Herrgott gibt es kein unwertes Leben**“. Die Predigt von Diözesanbischof Michael Memelauer bei der Silvesterandacht am 31. Dezember 1941 im Dom zu St. Pölten, hrsg. v. DÖW u. Diözesanarchiv St. Pölten, St. Pölten 2017, 42 S., € 5,- ... Stück

Österreichische Ärzte und Ärztinnen im Nationalsozialismus, Jahrbuch 2017, hrsg. v. Herwig Czech u. Paul Weindling im Auftrag des DÖW, Wien 2017, 303 S., € 19,50 ... Stück

Zeithistoriker – Archivar – Aufklärer. Festschrift für Winfried R. Garscha, hrsg. v. Claudia Kuretsidis-Haider u. Christine Schindler im Auftrag des DÖW u. der Forschungsstelle Nachkriegsjustiz, Wien 2017, 500 S., € 19,50 ... Stück

Claudia Kuretsidis-Haider, **Österreichische Pensionen für jüdische Vertriebene**. Die Rechtsanwaltskanzlei Ebner: Akteure – Netzwerke – Akten, hrsg. v. DÖW, Wien 2017, 319 S., € 19,50 ... Stück

Name:

Adresse:

Unterschrift:

Telefonische Bestellungen bitte unter 22 89 469/319.

**Österreichische Post AG/
Sponsoring.Post**

Zulassungs-Nr.
02Z031276 S

Verlagspostamt
1010 Wien